



Unterausschuss „Integration“ des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration

7. Sitzung (öffentlich)

7. Juli 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:00 Uhr bis 14:25 Uhr

Vorsitz: Arif Ünal (GRÜNE)

Protokoll: Dr. Hildegard Müller, Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Die Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA NRW) 3**

Christiane Bainski (Hauptstelle RAA NRW), Sevim Dogan (RAA Aachen), Diler Senol-Kocaman (RAA Hamm), Marina Raupach (RAA Kreis Unna), Franz Kaiser Trujillo (Hauptstelle RAA NRW) und Natalia Keller (RAA Hagen) stellen ihre Arbeit vor.

- 2 Gesetz zur Einführung von islamischem Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach (6. Schulrechtsänderungsgesetz) 21**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2209

Der **Unterausschuss Integration beschließt** einstimmig, **an der geplanten Anhörung** über den Gesetzentwurf **in Form einer Pflichtsitzung teilzunehmen.**

3 Verschiedenes

23

- Siehe Diskussionsteil.

* * *

Unterausschuss „Integration“ des Ausschusses
für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration
7. Sitzung (öffentlich)

07.07.2011
sd-hoe

2 Gesetz zur Einführung von islamischem Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach (6. Schulrechtsänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2209

Vorsitzender Arif Ünal hält fest, der Gesetzentwurf sei am 29. Juni vom Plenum zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung überwiesen worden. Mitberatend seien der Haupt- und Medienausschuss sowie der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration.

Der federführende Ausschuss habe in seiner Sitzung am 6. Juli beschlossen, eine Anhörung durchzuführen. Der Termin stehe noch nicht fest. Der Unterausschuss Integration sollte sich heute darauf verständigen, in welcher Form sich der Unterausschuss beteiligen wolle – nachrichtlich oder als Pflichtsitzung.

Bernhard von Grünberg (SPD) spricht sich dafür aus, sich an der Anhörung in einer Pflichtsitzung zu beteiligen. Es würden wichtige Diskussionen geführt und Stellungnahmen abgegeben. Das Thema Integration sei in einem entscheidenden Maße tangiert.

Ali Atalan (LINKE) hält eine aktive Teilnahme für geboten. Die Abgeordneten müssten auch die Möglichkeit haben, Fragen zu stellen. Der Unterausschuss Integration sei von dieser Problematik am meisten betroffen. Er plädiere dafür, aktiv daran teilzunehmen.

Michael Solf (CDU) stellt heraus, der Schulausschuss sei federführend, weil es sich um eine Änderung des Schulgesetzes handle. Der Migrationsausschuss beschäftige sich seit 1999 mit diesem Thema. Von daher sei es völlig klar, dass man auf einer Augenhöhe mit dem Schulausschuss debattiere. Er stimme Herrn von Grünberg zu, dass es sich um eine Pflichtsitzung auch des Unterausschusses handeln sollte. Das habe den Vorteil, dass der Unterausschuss in den gesamten Diskussionsprozess eingebunden sei.

Er bedanke sich bei den Kolleginnen und Kollegen, die sich in der Plenardiskussion bei diesem hochsensiblen Thema sehr verantwortungsbewusst verhalten hätten.

Ihm komme es darauf an, dass man sich bei dieser Anhörung des höchstmöglichen staatskirchenrechtlichen Verstandes bediene, dass man also externe Kompetenz heranziehe. Das habe er auch Frau Löhrmann schon gesagt, denn der islamische Religionsunterricht müsse hieb- und stichfest angelegt sein. Man sollte die Anhörung relativ schnell nach den Ferien anberaumen.

Unterausschuss „Integration“ des Ausschusses
für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration
7. Sitzung (öffentlich)

07.07.2011
sd-hoe

Vorsitzender Arif Ünal (GRÜNE) plädiert ebenfalls dafür, sich aktiv an der Anhörung in Form einer Pflichtsitzung zu beteiligen. Die Benennung der Sachverständigen erfolge durch den Schulausschuss. Wer konkrete Vorschläge habe, könne diese über die Fraktion im Ausschussesekretariat des Schulausschusses einreichen. Die verfassungsrechtliche Klärung sei sehr wichtig. Die Fraktionen machten sich jetzt schon Gedanken, welche Sachverständigen vorgeschlagen werden sollten.

Der **Unterausschuss Integration beschließt** einstimmig, **an der geplanten Anhörung** über den Gesetzentwurf **in Form einer Pflichtsitzung teilzunehmen.**